

# Vertriebene stürmen die Ämter

## Original-Anträge auf 4000-Mark-Schicksals-Ausgleich teilweise vergriffen

**Beeskow (ib)** Die Vertriebenen stürmen die Ämter, um für ihren durch den Zweiten Weltkrieg verlorenen Besitz eine einmalige Entschädigung von 4000 Mark zu beantragen. Der Ansturm ist so groß, daß in Beeskow und in mehreren Ämtern die Antragsformulare ausgegangen sind. Zumeist besorgten sich die Mitarbeiter unbürokratisch Nachschub: per Fotokopierer.

Beeskows Bürgermeister Fritz Taschenberger spricht von einem „größeren Ansturm als erwartet“. Die Stadt hatte nur 100 der vierseitigen Original-Anträge, doch die sind schon Anfang voriger Woche unter Volk gebracht worden. Seither steht der Kopierer nicht mehr still. „Bisher haben wir knapp 500 Formulare ausgegeben.“

Das Amt Tauche Trebatsch hat seit Dienstag vergangener Woche 40 Formulare ausgegeben. Die waren allerdings bereits am Donnerstag alle. „Seit gestern haben wir wieder welche“, freut sich Sachbearbeiterin Regina Klawunn.

Im Amt Storkow hingegen gibt es genügend dieser Formulare. „Wir hatten erst nur hundert bekommen und sofort nachbestellt“, sagt Christiane Purbst vom Einwohnermeldeamt auf Anfrage. Weil dort die Ausgabe der vierseitigen Fragebögen wegen der erforderlichen Schulung erst seit gestern morgen läuft, haben sich die Mitarbeiter des Amtes bereits die Adressen von „ungefähr 200“ betroffenen notiert. Sie erhalten den Antrag nun per Post. Die übrigen müssen in die Sprechstunde des Einwohnermeldeamtes kommen – und dort könne es Wartezeiten bis zu einer Stunde geben, so Christiane Purbst. „Wir müssen ja auch noch unsere anderen Aufgaben wahrnehmen.“

Keine Probleme mit den Anträgen hat das Amt Friedland. „Wir haben bereits an die hundert Stück ausgegeben“, sagt Astrid Sradnick vom Einwohnermeldeamt. Ihre Kollegin im Amt Lieberose, Marlies Gerhardt, hat etwa 50 Formulare abgegeben. „Wir haben nur 20 bekommen. Die sind vergangene Woche bereits ausgegan-

gen“, sagt sie. „Darum haben wir welche auf dem Kopierer abgelichtet, wieder abgelichtet, und nochmal abgelichtet.“

Bis Nachschub kam, haben sich auch die Mitarbeiterinnen im Einwohnermeldeamt Glienicke/Rietz Neuen-dorf auf diese Art geholfen. Dort sind, so Elisabeth Martin, bis gestern 131 Anträge ausgegeben worden.

Die einmalige Zuwendung von 4000 Mark ist als späte Würdigung des schweren Schicksals der Vertreibung gedacht, heißt es in dem Merkblatt zu den Anträgen. Da das entsprechende Gesetz noch nicht verabschiedet ist, registrieren die Behörden zunächst nur die Anträge. Ein Bewilligungsbescheid ist erst möglich, wenn das Gesetz voraussichtlich im Frühjahr in Kraft tritt. Dann gibt es für die Bescheide verschiedene Fälligkeitstermine: Nach derzeitigem Stand bekommen in diesem nur jene das Geld ausgezahlt, die vor 1916 geboren wurden (78 Jahre und älter); 1996 Jahrgänge vor 1928 und 1998 die übrigen Berechtigten.